

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werkstage

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsgelände 2,35 M., in Württemberg 2,50 M. vierteljährlich, hiesig 6,00 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg., die Reklame 25 Pfg. über deren Raum. Bei Inseraten, wo Kostpunkt in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Druck und Verlag der S. Hofmann'schen Buchdruckerei Verantwortlich: G. Reinhardt in Wildbad.



Nr. 94

Dienstag, den 22 April 1919

36. Jahrgang.

Die deutsche Bevölkerung.

Im neutralen Ausland hat man sich in letzter Zeit viel mit dem Bevölkerungsstand im Deutschen Reich beschäftigt und allerlei Behauptungen und Vermutungen über die Zukunft des deutschen Volks aufgestellt. Von Interesse ist eine umfangreiche Arbeit von Karl Döring, den „Studien der Kopenhagener Gesellschaft für soziale Folgen des Kriegs“, worin die Bevölkerungsbewegung in Deutschland während des Kriegs abschließend dargestellt wird. Döring schreibt u. a.: Während ohne den Krieg die Bevölkerung des Deutschen Reiches jetzt zweifellos schon 70 Millionen überschritten hätte, ist die Einwohnerzahl jetzt, nachdem sie bei Kriegsbeginn 67,8 Millionen betrug, auf 65 Millionen gesunken. Davon sind 33,9 Millionen weiblichen und nur 31,2 Millionen männlichen Geschlechts. Von dem Gesamtverlust entfallen rund 3,5 Millionen auf die verminderte Zahl der Geburten und rund 2,1 Millionen auf die Zunahme der Sterblichkeit. Die erhöhte Sterblichkeit ist einerseits auf die Verletzung im Kampf, andererseits auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen. Altersaufbau und Geschlechtsverhältnis der deutschen Bevölkerung hat sich vollkommen verändert. Vor dem Kriege kamen auf 1000 Personen männlichen Geschlechts 1024 Frauen, jetzt auf 1000 Männer 1080 Frauen. In den Altersklassen von 20 bis 39 Jahren beträgt das Verhältnis statt 1000 zu 1005, wie früher, jetzt 1000 zu 1155, und in den Altersklassen von 20 bis 30 Jahren, die für Eheverhältnisse besonders in Betracht kommen, ist es noch ungünstiger. Die Zahl der Neugeborenen ist in den letzten Kriegsjahren unter die Hälfte der Friedenszahl gesunken. Soweit die Sterblichkeit durch die Kämpfe unmittelbar vermehrt worden ist, hat sie mit rund 1,8 Millionen blutige Verluste die kräftigsten und leistungsfähigsten Jahrgänge betroffen. Die Anzahl der Männer im militärfähigen Alter ist von rund 14 auf 12,2 Millionen gesunken. An eine Wiedererholung ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung hat sich infolge von Lebensbedingungen und Unterernährung außerordentlich verschlechtert.

Die Verantwortung.

Wir lesen im „Schwab. Merkur“:

Der Krieg und die Revolution haben eine ganze Anzahl neuer Worte und Begriffe in die Sprache geworfen. Das ist an sich ganz gut und schön. Weniger schön ist aber die Verallgemeinerung dieser Begriffe, die allzu häufige Anwendung der neuen Worte an jeder passenden und unpassenden Stelle. Sie werden dadurch abgenutzt und wirken vielfach geradezu erheiternd, dort, wo sie nach Ansicht des Redenden oder Schreibenden, tieferst gemeint sind. Das gilt namentlich von den drei Schlagworten von der Psychose, dem Gebot der Stunde und dem heillosen Verfall verankert! Wer und was wird nicht alles verankert! Man muß sich wirklich wundern, daß sich zum Veranken immer noch der Grund findet. Aber er findet sich und wenn es — in der Wollen wäre. Das ist buchstäblich zu nehmen, wenn wir lesen, wie gewisse handwerkliche Erscheinungen der materiellen Welt, schlankweg in metaphysischen Wolkengebilden — verankert werden. Von „monarchischen Zeiten, die im Bewußtsein des Volkes verankert war“, schreiben wir: „sich zum Veranken der Mäie“. Dieser und jener Staat, verankert seine Sonderrechte“. Wir verankern auch den Reichspräsidenten. Jeden, der uns in den Weg läuft. Wir verankern das greuliche Mißgebild selbst bis zum Gehirn Himmel hinauf, in dessen Unendlichkeit das Gesetz der Gerechtigkeit dauernd verankert bleibt“. Alles macht heute Revolution — wahrhaftig, es wäre angebracht, die seltsame Verankerung ebenfalls zu revolutionieren, denn sie ist zur Psychose geworden, deren Wirkung ein Gebot der Stunde bildet.

(-) Mannheim, 21. April. Die erste Sendung Sped ist vom Ausland hier eingetroffen; ein Teil davon ist für Stuttgart und Darmstadt bestimmt. Nach Bayern darf nicht abgegeben werden.

(-) Stuttgart, 21. April. (Neuer Kampf?) Der „Aktionsausschuss“ des gereinigten Proletariats“ verbirgt Massen von Flugblättern, in denen die Arbeiterschaft zu neuem Kampf anzuregen wird. Die Sache

der Arbeiterpolitik in München sei auch Sache der Proletariats in Württemberg, das nicht tatenlos „dem Abschlichten der bayerischen Genossen“ zusehen könne. Der Kampf in Bayern sei das Signal zum Kampf in Sozialismus. — Die Regierung erklärt in Flugblättern, schwäbische Soldaten marschieren in Bayern ein, weil dort eine Handvoll zugereifter Fanatiker durch ihre Mätereierung den Bürgerkrieg entfesselt habe und das ganze Wirtschaftsleben von Anarchisten und Bolschewisten erdbeutet werde. Diese Anschuldigung bedrohe Schwaben. — Der Bürgererrat erläßt einen Aufruf in den Mätern: Spartakus rufe von neuem zum Kampf gegen die Regierung, gegen Ruhe und Sicherheit im Staat. Täglich müsse man auf einen Anschlag gefaßt sein. Das Vaterland dürfe nicht an einer Künberbe gründe gehen. In Württemberg dürfe es nicht zu Mätern in Ländern kommen. Alle Bürger sollen sich daher angefaßt zu der von der Regierung aufgestellten Sicherheitswehr machen.

Neues vom Tage.

Einladung zur Friedenskonferenz.

Berlin, 19. April. Der Oberste Rat der Verbündeten hat telegraphisch die deutschen Bevollmächtigten für den 25. April nach Versailles eingeladen, um von den alliierten und assoziierten Mächten den fertig gestellten Vorkauf des Vorfriedens in Empfang zu nehmen. Dabei wurde bemerkt, daß die Deutschen strengstens die ihnen zugewiesene Haltung zu beobachten haben und daß nur solche Personen kommen dürfen, die für den bevorstehenden Zweck bestimmt sind. Minister Brodorsky-Kauhan antwortete, die deutsche Regierung werde den Gesandten Daniel, den Geheimen Rat Keller und den Gesandtschaftsrat Schmitt zur Abholung der Vertragsbestimmungen absenden. Die deutsche Regierung hat eine Frist von 8 Tagen zur Unterzeichnung des Vertrags, der 120000 Worte enthält. Gleichzeitig wird den deutschen Botschaftern von 75000 Worten bestehende Entwurf der Liga der Nationen ein- und

Der Kartoffelkrebs.

Im Jahre 1908 wurde der Kartoffelkrebs in Deutschland zum ersten Male nachgewiesen und bis jetzt ist sein Vorkommen noch auf wenige kleine Gebiete beschränkt. Wenn er somit auch noch keine allgemein fühlbaren Schäden verursacht, so ist es doch dringend notwendig, ihn nach Möglichkeit zu bekämpfen. Denn die Erfahrungen in anderen Ländern, besonders in Großbritannien, lehren, daß er unter Umständen dem Kartoffelbau gefährlich werden kann, und außerdem beeinträchtigt sein Vorkommen in Deutschland den Kartoffelhandel.

Als Kartoffelkrebs — im Ausland auch wart disease (Wurzenkrankheit) oder black scab, gale uvire (schwarzer Schorf) genannt — bezeichnet man eine Krankheit der Kartoffelpflanze, die hauptsächlich die Knollen schädigt. An ihnen findet man Wucherungen von verschiedener Größe und Form, deren Oberfläche warzig und später oft zerklüftet ist, so daß sie oft an manche Sorten von Badeschwämmen erinnern. Manchmal erscheinen sie nur wie kleine Warzen, oft sind es große Auswüchse, nicht selten endlich ist von der eigentlichen Knolle nichts mehr zu erkennen und an ihrer Stelle finden sich schwammartige Wucherungen, die nur durch den Ort ihres Vorkommens erkennen lassen, daß sie ursprünglich aus jungen Kartoffeln entstanden sind.

Anfänglich sind alle diese Wucherungen hellbraun und fest, später werden sie dunkelbraun bis schwarzbraun und zerfallen allmählich, indem sie bei trockenem Wetter schrumpfen und zerkrümeln. Bei nassem verfaulen.

Da die Krankheit alle jungen Gewebe ergreifen kann, so findet man Krebswucherungen außer an den Knollen auch an anderen Teilen der Pflanze. Meist werden die Knollen, die Stolonen und die unterirdischen Stengelteile ergriffen; wenn die jungen Triebe aber längere Zeit grünen, um aus dem Boden herauszukommen, oder wenn längere Zeit feuchtes Wetter herrscht, bilden sich auch an den Blattknospen der oberirdischen Stengel Geschwülste, an denen man nicht selten noch erkennen kann, daß sie aus Blattanlagen hervorgegangen sind. Die oberirdischen Knollen sind ebenfalls grün, oft mit einem weißlichen oder rötlichen Ton. Da die oberirdischen Teile nicht regelmäßig verfallen werden, und die Krankheitserscheinungen an ihnen nur selten so auffällig sind, daß sie bei Begriffen des Feldes ohne weiteres erkannt werden, so wird die Krankheit meist erst bei der Ernte bemerkt.

Die Ursache der Krankheit ist ein Pilz, Chrysophyctis endobiotica Schild., dessen Dauerformen (Sporangien) man

in den Wucherungen zahlreich als mehr oder weniger rund, didymische, goldgelbe Kugeln findet. Durch den Zerfall des Gewebes kommen sie in den Boden, und hier schlüpfen im Frühjahr und Sommer, wenn genügend Feuchtigkeit vorhanden ist, aus ihnen zahlreiche bewegliche Schwärmsporen aus, die in das junge Gewebe der Kartoffelpflanze einzudringen vermögen. Da dies besonders an den Knospen, bei den Knollen also an den Augen, eintritt, findet man die ersten Anfänge der Erkrankung meist an diesen.

In ganz jungen Geschwülsten sieht man manchmal neben den dickwandigen Dauerformen auch ähnliche, aber dünnwandige Gebilde, aus denen schon innerhalb des Gewebes Schwärmer austreten und in die benachbarten Zellen eindringen können.

Da zur Zeit der Ernte bereits ein großer Teil der Wucherungen zerfallen ist, so werden massenhaft Ansteckungskeime im Boden zurück. Dadurch wird ein Feld, auf dem die Kartoffeln freibestanden waren, auf Jahre hin verunreinigt. Bei häufiger Wiederholung des Anbaues von Kartoffeln wird im Laufe einiger Jahre der Boden so sehr mit Pilzkeimen angereichert, daß eine Ernte nicht mehr erzielt wird. Die ganzen Kartoffelanfänge werden so frühzeitig und so stark befallen, daß überhaupt keine oder doch nur noch einzelne Knollen ausgebildet werden.

Die Übertragung des Pilzes auf noch unbefallene Flächen erfolgt hauptsächlich durch frange Pflanzkartoffeln. Nicht alle Wucherungen vermerken von vor der Ernte, vielmehr bleiben viele, besonders kleinere, oder auch Teile von ihnen an den geernteten Kartoffeln erhalten und überwintern mit diesen. Es ist festgestellt, daß aus solchen Kartoffeln fast immer frange Pflanzen entstehen. Aber selbst wenn die Krankheit von solchen Mutterknollen nicht sofort auf die Pflanzen übergeht, gelangen dort Dauerformen in den Boden, wo sie sich jahrelang lebensfähig halten und bei Wiederanbau von Kartoffeln zu Erkrankungen führen können. Natürlich kann die Krankheit auch durch Erde, die Krankheitskeime enthält, von befallenen Feldern übertragen werden. Für die Verbreitung der Krankheit ist das Hauptaugenmerk auf die Pflanzkartoffeln zu richten. Es müssen daher keinesfalls Kartoffeln von Feldern, auf denen die Krankheit aufgetreten ist, zum Ausspflanzen benutzt werden. Eine solche Auslese der für den Anbau geeigneten Knollen genügt nicht, da zu leicht schwach erkrankte übersehen werden, die die Krankheit dann übertragen.

Soweit irgend möglich, sollten Kartoffeln von kranken Feldern nicht einmal zu Speise- und Futterzwecken verwendet werden, da die Krankheit auch mit den Schalen und Abfällen verfaulen kann. Wo eine derartige

Verwendung nicht zu vermeiden ist, muß dafür Sorge getragen werden, daß alle Abfälle, durch die eine Ansteckung möglich ist, unschädlich gemacht werden. Am sichersten geschieht dies durch Verbrennen. Die Kartoffeln sind außerdem vor dem Verfüttern zu dämpfen, da es sonst nicht ausgeschlossen ist, daß die sehr widerstandsfähigen Dauerformen des Pilzes den Magen und Darm der Tiere durchwachen, ohne ihre Keimfähigkeit einzubüßen.

Am sichersten führt man alle Kartoffeln von kranken Feldern der Brennerei zu, oder dämpft und säuert sie als Viehfutter ein. Jedemfalls aber müssen sie gänzlich vom Handel ausgeschlossen werden. Diese Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Krankheit müssen ergänzt werden durch Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung auf bereits verfeuerten Feldern.

Als erste Regel hat hierfür zu gelten, daß man bei der Ernte alle Abfälle, also alle stark kranken Knollen, alle Geschwülste und alles Kraut sorgfältig sammelt und verbrennt. Es wird dadurch sehr viel Ansteckungsstoff beseitigt.

Außerdem muß auf Feldern, auf denen sich Kartoffelkrebs gezeigt hat, für eine Reihe von Jahren der Kartoffelbau ausgelehrt werden. Wieviel Jahre genügen, um jede Möglichkeit einer Erkrankung auszuschließen, ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt; soweit bis jetzt bekannt ist, genügt ein vierjähriges Auslegen des Kartoffelbaues noch nicht.

Es liegt nahe, daran zu denken, durch eine Entseuchung des Bodens diesen wieder gesund zu machen oder wenigstens die Zeit für die Verwendung des Kartoffelbaues zu verkürzen. Von den bis jetzt versuchten Mitteln sind jedoch nur mit Schwefel erzielte Ergebnisse erzielt worden, die zu weiteren Versuchen ermutigen. Ein sicher wirkendes Verfahren ist zurzeit noch nicht bekannt. Ebenso haben Versuche, durch die Anwendung bestimmter Düngemittel auf verfeuerten Boden gesunde Ernten zu erzielen, keine befriedigenden Ergebnisse gehabt, auch ist die Aussicht, der Krankheit auf diesem Wege beizukommen, nach den Lebensverhältnissen des Pilzes nur gering. Dagegen ist auf gute Bodenbearbeitung und Anwendung eines Fruchtwechsels, in dem die Kartoffel nicht übermäßig oft wiederkehrt, Gewicht zu legen. Auch über das Verhalten der Kartoffelarten ist zurzeit nur wenig bekannt. Zwar sind die Frühformen im allgemeinen weniger anfällig als die späten, aber eingehende Untersuchungen über diese Fragen liegen noch nicht vor.

Beide Schriftstücke sind in französischer, englischer und deutscher Sprache abgefaßt.

Abstimmung über den Frieden?

Berlin, 19. April. Nach dem „Vorwärts“ erwägt die Reichsregierung, die Verantwortung für die Unterzeichnung des Vorfriedens nicht selbst zu übernehmen, sondern eine Volksabstimmung herbeizuführen.

Dernburg Reichsfinanzminister.

Berlin, 19. April. Der Reichspräsident hat Dernburg zum Reichsfinanzminister und Vizepräsidenten des Reichsministers ernannt.

Einpruch Sachsens.

Dresden, 19. April. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat an den Präsidenten der deutschen Nationalversammlung ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die, die Selbständigkeit der einzelnen Gliedstaaten empfindlich einschränkende Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung in sachlicher Uebereinstimmung mit den Regierungen Bayerns, Württembergs und Badens Einspruch erhoben wird.

Die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 19. April. Die Verzögerung der Lebensmittelzufuhr aus den neutralen Ländern ist nach halbamtlicher Mitteilung darauf zurückzuführen, daß die Verbündeten — wahrscheinlich in böswilliger Absicht — den neutralen Regierungen von dem Brüsseler Abkommen amtlich bis jetzt keine Kenntnis gegeben haben.

Freigabe der Küstenschifffahrt.

Berlin, 19. April. Nach den Parl. Nachr. hat die Entente die deutsche Küstenschifffahrt endlich freigegeben.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 19. April. In einer Note vom 14. April wurden von deutscher Seite 634 Fälle von Uebergriffen englischer Soldaten hervorgehoben, die allein in Köln vorgekommen sind, darunter über 200 Raub- und Erpressungsfälle. Der englische Vertreter erklärte, das Verhalten der englischen Truppen im Besetzungsbereich sei als „außerordentlich gut“ zu bezeichnen. (Sie treiben es also sonst noch viel schlimmer. D. Schr.)

Strafverurteilung des Prinzen Heinrich.

Berlin, 19. April. Reichswehrminister Noske hat der Kaiserlichen Arbeiterkammer laut „Voss. Ztg.“ mitteilen lassen, daß Prinz Heinrich von Preußen, auf dessen Gut Waffen gefunden wurden, zur Rechenschaft gezogen und Graf Wirbach, der die Waffen verschafft, strafrechtlich verfolgt werden soll.

Das Ende der kommunistischen Regierung in Braunschweig.

Braunschweig, 19. April. Nachdem die in Helmstedt zwischen General Märker u. den Volkskommissaren von Braunschweig geführten Verhandlungen ergebnislos geblieben waren, befehlt Märker den Vormarsch auf Braunschweig. 150 ehemalige Unteroffiziere hatten sich schon früher im Geheimen organisiert und sich mit Waffen versehen. Am Abend des 16. April stellten sie plötzlich der Räterregierung eine kurze Frist, das Schloß und die Kasernen zu räumen, was auch geschah. Die Unteroffiziere besetzten sofort die Gebäude, verboten aber den Zutritt, da die Gebäude unterminiert waren. Auf dem Schloß, dem Landtagsgebäude, dem Ministerium und den Kasernen wurde die rote Fahne entsetzt und die schwarze, rot-weiße aufgezogen. Die Räterregierung forderte die Arbeiter auf, die Waffen abzugeben und den heranziehenden Truppen des Generals Märker keinen Widerstand zu leisten. Vormittags zog Märker mit den Truppen der Reichsregierung ein ohne auf Widerstand zu stoßen. In der Nacht vorher war Eichhorn in einem Flugzeug entflohen, das aber bei Dolzhausen landen mußte, wobei Eichhorn gefangen genommen wurde. Der spartakistische Präsident Merges und einige andere spartakistische Führer sind in Autos geflohen. Es wurde ein vorläufiges Ministerium gebildet, das aus 4 bis 5 Mehrheitssozialisten, 2 Unabhängigen und 1 Demokraten besteht.

Der Generalstreik.

Berlin, 21. April. Die Einigungsverhandlungen des Schlichtungsausschusses im Streit der Bankbeamten haben dazu geführt, daß die Bankleitungen den Anzeigestellen das Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen zugestanden haben. Ausgenommen sind die leitenden Stellen, womit sich die Angestelltenvertreter einverstanden erklärten.

Im Streit der Angestellten der Metallindustrie wurde eine Einigung durch beiderseitiges Entgegenkommen erzielt.

Da infolge des Streiks der Angestellten in den spanischen Meeresswerfstätten ein erpriefliches Arbeiten nicht mehr möglich ist, sind die Werke geschlossen worden. Die Arbeiter erhalten den Lohn weiterbezahlt. Der Betrieb soll auf eine neue, nichtmilitärische Grundlage gestellt und gegebenenfalls sozialisiert werden.

Essenbach a. M., 19. April. Hier kam es zu neuen Unruhen. Als die Menge den Regierungstruppen ein Maschinengewehr zu entreißen versuchte, gaben diese Feuer. Dabei wurden 11 Personen getötet, 6 schwer und viele leicht verwundet.

Essen, 19. April. Die Gesamtzahl der Ausständigen stellte sich in den drei Schichten am Donnerstag auf 216437 gegen 232762 am Mittwoch.

Elberfeld, 19. April. Ein großer Teil der Eisenbahnarbeiter im Direktionsbezirk Elberfeld ist in den Ausstand getreten.

Hannover, 19. April. Das Personal der hiesigen Zeitungen ist wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Zeitungen sind daher gestern und heute nicht erschienen.

Bremen, 19. April. Die Arbeiter des hiesigen Gaswerks haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Die Straßenbahnangestellten haben beschlossen, sofort in den Abwehrstreik einzutreten.

Stillelegung.

Berlin, 19. April. Die Vereinigte Königs- und Lantahütte, einer der größten Betriebe für Kohlen- und Eisengewinnung, teilt mit, daß infolge der hohen Lohnansprüche und der um die Hälfte verminderten Arbeitsleistung die Einstellung des Betriebs, wenn nicht eine erhebliche Besserung der Arbeitsleistung eintrete, in Aussicht zu nehmen sei. Jede Tonne Kohle erfordert jetzt einen Zuschuß von 17 Mark und die Tonne Rohstahl von 230 Mark. Die von den Arbeitern geforderte Entlassung des Generaldirektors Dilger wurde vom Aufsichtsrat abgelehnt und dem Direktor das volle Vertrauen ausgesprochen.

Neurings Leiche gefunden.

Dresden, 19. April. Die Leiche des ermordeten sächsischen Kriegsministers Neuring ist in Ritten gefunden und geborgen worden.

Wegen des beträchtlichen Tiefstands der Kohlenvorräte ist eine starke Zugseinschränkung in Sachsen unvermeidlich.

Die vierte Revolution in München.

München, 19. April. Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat gibt bekannt, daß Truppen der Regierung Hoffmann nicht mehr nach Augsburg kommen werden, solange sich die Stadt neutral verhalte. Die Ausgabe von Waffen an zuverlässige Arbeiter erfolge nur zur Verteidigung. Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben sich mit der Regierung in Bamberg und mit dem Aktionsausschuß in München zu Einigungsverhandlungen in Verbindung gesetzt.

Neu-Ulm, 19. April. Die Gewalttäter in München haben die russischen Kriegsgefangenen im Lager Buchheim in Freiheit gesetzt und bewaffnet. In München zieht russische Wache am Bahnhof.

Nach einer Darstellung des „Vorwärts“ wurden 600 Mann nach Dachau vorgeschobener Regierungstruppen von 1500 Mann der Münchener Roten Garde angegriffen. Im Vergleichsweg wurde vereinbart, daß beide Parteien auf ihre Ausgangsstellungen zurückgehen sollten. Unter Vertragsbruch ließ der Befehlshaber der Roten Garde, Toller, eine halbe Stunde vor Ablauf der vereinbarten Frist Maschinengewehrfeuer auf die Regierungstruppen eröffnen. Auch gingen Leute der Roten Garde unter dem Ruf „Nicht schießen!“ gegen die Regierungstruppen vor; schossen dann aber selber. Die Regierungstruppen wurden unter Verlust von 150 Mann zurückgenommen. Dachau ist zur Zeit in der Hand der Roten Garde.

Zur Vereinigung von Württemberg und Baden.

Karlsruhe, 21. April. Die amtliche „Karlsruh. Ztg.“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß nach Auffassung der bad. Regierung die Frage einer etwaigen Vereinigung von Württemberg und Baden noch keineswegs spruchreif sei. In Baden harrten viel dringendere Aufgaben der Erledigung.

Graf Czernin verhaftet.

Wien, 19. April. Der frühere Minister Graf Czernin versuchte, da ihm der Reisepaß in die Schweiz verweigert worden war, zu entfliehen. Er wurde in Feldkirch von den österreichischen Grenzbehörden verhaftet.

Unruhen in Wien.

Wien, 19. April. Am Donnerstag veranstalteten die Kommunisten, unter denen viele Agitatoren aus Ungarn sich befanden, eine aufrührerische Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude. Bei dem Angriff wurden mehrere Kommunisten getötet und über 20 verwundet. Von den Wachtleuten sind 4 tot, 17 verwundet. Das Gebäude ist schwer beschädigt.

Der badische Bahnhof in Basel.

Bern, 19. April. Nach dem „Journal de Geneve“ verlangt die badische Regierung für die Wiedereröffnung des badischen Bahnhofes in Basel Exterritorialität des Bahnhofes und des Personals, die vom schweizerischen Bundesrat als unvereinbar mit den Rechten der Schweiz betrachtet wird.

Der erste Mai.

Bern, 18. April. Nach dem „Temp“ hat der Arbeiterbund die Abhaltung der Maifeier in Paris beschlossen.

Auch das noch!

Wien, 19. April. Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ erhebt Italien jetzt auch Anspruch auf die früher in Aachen und Frankfurt a. M. sowie in der Wiener Schachkammer aufbewahrten Kleinodien des heiligen römischen Reichs deutscher Nation.

Verhafteter Agitator.

Wien, 19. April. (Korr.-Bureau.) Der ungarische kommunistische Agitator Steiner ist in einem hiesigen Gasthof verhaftet worden. Man hat bei ihm viel Geld und Wertpapiere gefunden.

Der Arleg in Oden.

Paris, 19. April. (Havas.) Die verlaunet, besündel sich die ganze Arleg in den Händen der Bolschewisten, die im Einvernehmen mit den Ententebehörden kampfslos in Sebastopol eingedrungen sind.

Insolge des Vormarsches der Bolschewisten sind die in Paltra lebenden zwanzig Mitglieder der Jarentamilie zur Flucht genötigt gewesen. Die englische Regierung hat einen Kreuzer abgeandt, um die Flüchtlinge an Bord zu nehmen.

Sibau, 19. April. Der Sicherheitsausschuß der lettischen Fronttruppen macht bekannt, er sei gezwungen, die lettische Regierung ihres Amtes zu entsetzen, da das Ministerium planmäßig eine Verberkung der einzelnen Bevölkerungsgruppen, eine maßlose Steuer- und sinnlose Finanzpolitik getrieben habe. Das Verhalten des Ministeriums habe gezeigt, daß es nicht gewillt sei, den Bolschewismus ernsthaft zu bekämpfen.

Der achtstündige Arbeitstag in Frankreich.

Paris, 19. April. Die Kammer hat den Gesetzentwurf betr. Einführung des achtstündigen Arbeitstags angenommen. Die Gewerbetreibenden und die Eisenindustrie haben mit den Metallarbeiterverbänden eine Vereinbarung getroffen, wonach der achtstündige Arbeitstag am 1. Juni ohne Herabsetzung der Löhne eingeführt werden soll.

Madrid, 20. April. Die Regierung hat den Streik der Telegraphisten als strafbares Vergehen erklärt.

Offener Aufbruch in Indien.

London, 19. April. Der Vizekönig von Britisch-Indien, Lord Chelmsford, hat die Unruhen in Indien als offenen Aufbruch bezeichnet. Die „Morning Post“ schreibt die Schuld für alles auf das Reformprogramm von Montague.

Acht Tauchboote gesunken.

Cherbourg, 19. April. (Reuter.) Von acht deutschen U-Booten, die von England nach Cherbourg geschleppt wurden, ist ein einziges angekommen. Die anderen gingen im Sturm verloren.

Verchiebung des Ausstands.

Newyork, 19. April. Der Hafenstreik ist um 48 Stunden verschoben worden, um Verhandlungen einzuleiten.

Baden.

(-) **Karlsruhe, 21. April.** Der Arbeitsmarkt in Baden hat eine leichte Besserung durch die Abnahme der Zahl der Gewerkschaften um 800 erfahren. In Pforzheim werden 400 Goldarbeiter und Arbeiterinnen gesucht, während anderwärts Arbeiterentlassungen bevorstehen.

(-) **Karlsruhe, 19. April.** In Mühlburg wurde Dekan Ebert gestern während des Gottesdienstes von einem Schlaganfall betroffen und verchied kurze Zeit darnach in seiner Wohnung.

(-) **Mannheim, 19. April.** In Käfersal wurde die von ihrem Ehemann getrennt lebende Frau Schmitt von ihrem Manne Karl Schmitt aus Weisbach, der als Arbeiter in Mannheim lebt, durch mehrere Messerstiche in den Kopf getötet. Die Frau führte einen schlechten Lebenswandel und hatte den Hausstand völlig vernachlässigt.

(-) **Mannheim, 19. April.** Die hiesigen Brauereiarbeiter sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten, obwohl sie in ihrer Eingabe an die Regierung schon zugeben, daß die Lage der Brauereien nicht trostvoll sei. Sie schlagen jedoch vor, den Bierverkaufspreis auf 10 Mk. zu erhöhen.

(-) **Mannheim, 21. April.** In den nächsten Tagen reisen wieder 630000 Kilo Speck hier ein.

(-) **Heidelberg, 21. April.** In einer Versammlung der D. dem. Partei wurde zum Ausdruck gebracht, daß aus geschichtlichen und völkischen Gründen die Wiedervereinigung der badischen und der Rheinpfalz durch Anschluß der letzteren an Baden anzustreben sei.

(-) **Heidelberg, 19. April.** Ein hiesiger Zigarettenfabrikant und zwei Kaufleute von Mannheim und Hagen wurden wegen Tabakschlebung verhaftet. Von Landwirten in der Umgegend waren 11 Zentner Rohstafel im Werte von 15170 Mk. auf dem Wege des Schleichhandels aufgekauft worden.

(-) **Schwellingen, 19. April.** Von der Gendarmerei ist eine mehrköpfige Diebes- und Diebherde verhaftet worden, die aus dem in den hiesigen Gaudewerken untergebrachten Motoreninstandsetzungsbetrieb zahlreiche Elektromotoren entwendet hatte und sie nach Frankfurt a. M. zu verschleusen gedachte.

(-) **Wertheim, 19. April.** Zu großen Standaalereien kam es, der „Werth. Ztg.“ zufolge, dieser Tage bei der von den Firmen A. Gohlmann und Handlofer & Komp. veranstalteten Verkäufen von Waren aller Art, die beide Firmen von der Heeresverwaltung erworben und hierher geschafft hatten. Schon am Vormittag hatten sich Tausende von Käufern eingefunden, die ungeduldig wurden. Mit dem Einschlagen der Scheiben am Sommerlokal des „Schwaben“ ging es an, die Türe wurde ausgehoben und die Menge tobte hinein, so daß an ein Bedienen nicht mehr zu denken war. Als mittags der Anordnung wegen nicht geöffnet wurde, brach die erregte Menge die Kuchmannsche Scheuer, in der viele Waren lagerten, auf und nun ging ein wüstes Plündern los, bei dem alles mögliche durch Fenster und Türe flog. Viehklammen, Vaternen, Rohre, Holzwaren, Besen u. a. m.

(-) **Pforzheim, 21. April.** Der Stand der Typhuskranken hatte am Samstag die Zahl 2743 erreicht; 290 Personen sind gestorben.

(-) **Sttlingen, 21. April.** An Stelle der Franzosen haben Italiener die Wache bei Neuenburg in der Pfalz bezogen.

(-) **Sitzing b. Sinsheim, 21. April.** Die 14 hiesigen Landwirte, die wegen der bekannten Vorgänge in Untersuchungshaft genommen waren, sind nach beendeter Voruntersuchung in Freiheit gesetzt worden. Sie werden sich vor dem Schwurgericht in Mannheim wegen Aufbruchs zu verantworten haben.

(-) **Nadolzell, 21. April.** Die Grenzschutzwache in Randeu nahm einen Zivilisten fest, der 19000 Mk. in die Schweiz schmuggeln wollte.

(-) **Vom Bodensee, 21. April.** (Weggeworfenes Geld.) Am Emmishofer Tor hielt die Wache den angeblichen Bootsführer Hans Sauter an. Sauter ergriff die Flucht und schoß auf den Soldaten, der seinerseits einen Schuß abgab, ohne daß jemand getroffen wurde. Der Bootsführer behauptet, er habe auf der Flucht ein einem gewissen Konrad Segitz aus Ravensburg gehöriges Paket mit 52000 Franken und 500 Mk. Inhalt weggeworfen. Das Paket wurde aber bis jetzt nicht gefunden. — Ein Fischer aus Friedrichshafen wurde in Konstanz verhaftet, der einem Kaufmann in Ravensburg 21000 Franken unterschlagen hatte.

Kein Abschiedsgesuch. Die Nachricht bei „Stdd. Ztg.“, Kriegsminister Herrmann habe sein Entlassungsgesuch eingereicht, wird amtlich als unrichtig bezeichnet.

Zugausfall. Infolge der Einstellung des gesamten Schnellzugsverkehrs in Baden und wegen Kohlenmangels fallen vom Mittwoch, den 23. April, an die Schnellzüge D 4 Stuttgart ab 8.11 nachm., an Mühlacker 5.36, D 61 Mühlacker ab 4.47 nachm., an Stuttgart 9.12 Uhr, D 18 ab Ulm 7.15 vorm., an Stuttgart 9.03, D 58 ab Stuttgart 5.10 nachm., an Ulm 7.15, aus.

Schnellzugseinstellung in Baden. Wegen gänzlichen Ausbleibens der Kohlenzufuhr und wegen des stetigen Rückgangs der noch verfügbaren Kohlenvorräte fallen vom 19. April ab die Mannheim-Weimarer Schnellzüge D 37/38 ab. Von Mittwoch, den 23. April ab wird in Baden der gesamte Schnellzugsverkehr eingestellt.

Wegen Kohlenmangels wird auf sämtlichen rechtsrheinischen bayerischen Strecken vom Donnerstag, den 24. April ab der gesamte Personenverkehr eingestellt.

Die Reichsjahresstelle wird mit dem 1. Mai aufgelöst. Die Bestimmungen über die Beschlagsnahme von Häusern werden mit dem 1. Mai außer Kraft gesetzt, dagegen bleibt die Verordnung über den Verkehr in Häusern noch bestehen.

Zarifabschluß im Tiefbaugewerbe. Im Reichsarbeitsministerium haben mehrtägige Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifvertrags für das Tiefbaugewerbe stattgefunden, die am 17. April zu einer Verständigung geführt haben. Der Vertrag, der in ähnlicher Weise wie der Hochbauvertrag eine Ergänzung durch örtliche Arbeits- und Lohnratifizierung, bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Verbände.

Ueberprüfung an Kasao. In den Tropenländern hat sich infolge des Kriegs und der Schiffsraumnot eine ungeheure Menge von Kasao angesammelt. Die Jahre 1917 und 18 brachten überdies außergewöhnlich große Ernten, so daß die Pflanzen tatsächlich wegen Ueberflusses in Schwierigkeiten sind und die Erzeugnisse zu jedem Preis losgeschlagen müssen, sobald sich die Verschiffungsmöglichkeit bietet. Es wird daher gewarnt, Kasao zu Wucherpreisen einzukaufen.

Zigarren und Tabak aus den Resten der Deeresverwaltung werden den württ. Kommunalverbänden demnächst zur Verteilung übergeben. Da die Militärvorkommen auch in den Garnisonen seither mit Mühsal versorgt wurden, so sind die Reste stark zusammengeschmolzen und der Anteil, der auf den Kopf der Zivilbevölkerung kommen wird, ist kaum nennenswert.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 21. April.** (Schlimme Vorzeichen.) Die Staatsregierung wendet sich in einem Aufruf an gediente Männer aller Stände, sich sofort bei den Reserve-Sicherheitsgruppen zu melden. Die Aufstellung neuer zuverlässiger Bataillone sei eine dringende Notwendigkeit, um der Wählerarbeit der Urabstimmung zu begegnen. Es ist auch noch ein zweites Angebot vorgelegt, das erst nach Ausbruch von Unruhen eintreffen wird.

(-) **Stuttgart, 21. April.** (Zensurmaßnahmen.) Wie wir hören, ist die Spartakusbunderei in Degerloch und ebenso die Druckerei der Zeitung „Der Sozialdemokrat“ in Stuttgart militärisch besetzt worden. Das Erscheinen der dort verlegten Zeitungen und Drucksachen ist bis auf weiteres verboten.

(-) **Stuttgart, 21. April.** (Sparatatusprozeß.) Auf Einspruch der Verteidiger der Angeklagten im Sparatatusprozeß, die Ueberwindung der Untersuchungsakten zur Einsichtnahme verlangen, ist die Verhandlung gegen Späta und Weniger vom 23. April auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Der Landtagsabgeordnete und Stuttgarter Gemeinderat Engelhardt und sein Freund Großhans von der Unab. Sozialdemokratie haben ihren Austritt aus dem Landesparlament erklärt, der sich jetzt mit einer Ausnahme aus Mehrheitssozialisten zusammensetzt.

(-) **Stuttgart, 19. April.** (Schwarzer Tod.) Der verheiratete Kaufmann Albert Müller hier vermachte seine Familie sehr. Obgleich er Vater von drei Kindern ist, unterhielt er Beziehungen zu zwei Frauenzimmer und es gab daher in der Familie viel Streitigkeiten. Eines Tags bereute er seine Frau zu einem Spaziergang nach Gaisburg, auf dem er wieder einen Streit hervorrief. Auf der Brücke über den Kanal beim Gaiswerk würgte er plötzlich die Frau und schufte sie in den Kanal zu werfen. Die Angegriffene wehrte sich heftig und die Leute in die Nähe kamen, ließ Müller von seinem Opfer ab und entfloh. Er wurde darauf verhaftet. In der Gerichtsverhandlung suchte die Frau ihren Mann möglichst zu entlasten. Die Geschworenen bejahten aber die Frage auf verurteilen. Mord und Müller wurde zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

(-) **Ludwigsburg, 21. April.** (Postdiebstahl.) Nach Erbrechen einer Mauer vom Hof aus drangen Diebe in die Diensträume des Stadtpostamts und stahlen Wertgegenstände im Betrage von 678.60 Mk., sowie 115.71 Mk. Bargeld.

(-) **Leonberg, 19. April.** (Müßigkeit.) Stadtschultheiß Roth ist nach 16jähriger erfolgreicher Tätigkeit aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand getreten.

(-) **Vöhr, 19. April.** (Kraftwagen-Verbindung.) Die bürgerlichen Kollegien von Aulendorf haben beschloffen, zwischen Aulendorf, Pahlbrunn und Vöhr eine Kraftwagenverbindung durch täglich zweimalige Ein- und Rückfahrten ins Leben zu rufen.

(-) **Kirchheim u. T., 21. April.** (Vergewaltigung.) Die Firma J. G. Vattenichlag hat ihren Arbeiterinnen eine Steuerungsulage von je 100 Mk. bewilligt.

(-) **Tübingen, 22. April.** (Oberflinn.) Die Tübingener Studentenschaft hat sich gleich den Studierenden anderer Universitäten bereit erklärt, zum bewaffneten Streik zu rufen, im Osten sich zur Verfügung zu stellen. Sie erwartet aber, daß ihnen das Sommersemester nicht veroren gehe und daß für sie gegebenenfalls ein Zwischenemittel eingeschaltet werde.

(-) **Neustadt, 21. April.** (Streik.) Aufgeboten veranfaßten die Streikenden eine Kundgebung vor dem Karlsplatz. Der Eisenrath ist zurückgetreten, und es scheint, daß bei den meisten die Neigung besteht, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber verhandeln von Verband zu Verband.

(-) **Gmünd, 21. April.** (Sperrung.) Der Gemeinderat hat einstimmig dem Antrag des Bürgerrats zugestimmt, den Gemeindevorstand für den Arbeiterrat so lange zu sperren, bis eine ordnungsmäßige Arbeit wird oder die Beschäftigung des gegenwärtigen Arbeiterrats durch die Regierung erfolgt ist.

(-) **Mün., 19. April.** (Pferdeverkauf.) Die vom Mannen u. 19. April (Pferdeverkauf.) Die vom letzten Staat zum Preis von 1500 bis 3500 Mk. verkauft. Der Kaufpreis wurde meist in Kriegsanleihe entrichtet.

(-) **Vöhr a. N., 22. April.** (Lohnbewegung.) Die Pflanzenernterinnen in den Tübingen Waldungen haben die Arbeit niedergelegt, weil ihnen für eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit nur ein Tagelohn von 3.20 Mk. versprochen wurde.

(-) **Sal., 22. April.** (Geständnis.) Der vor einigen Wochen unter dem Verdacht, den 12jährigen Knaben Eugen Schäffler auf grausame Weise ermordet zu haben, verhaftete Feldgrane Krauß aus Neumünster hat jetzt den Mord eingestanden. Der Täter entstammt einer angesehenen Beamtenfamilie.

(-) **Balingen, 22. April.** (Jubiläum.) Rektor Vint, der am 1. Mai in den Ruhestand tritt, vollendet heute das 40. Jahr ununterbrochener Lehrtätigkeit in Balingen.

(-) **Tailfingen, 21. April.** (Kriegsunterstützung.) Fabrikant Eugen Koller, Inhaber der Fa. Conzelmann u. Dyer, hat den ausmarchierten Angehörigen und Arbeitern eine Kriegsunterstützung von 25000 Mark zukommen lassen.

(-) **Schwenningen, 21. April.** (Geburtstags-geschenk.) Geh. Kommerzienrat J. Kienzle hat anlässlich seines 60. Geburtstags sämtlichen über 300 Angestellten ein Monatsgehalt und allen Arbeitern einen doppeltten Jahrlohn gewährt.

(-) **Tuttlingen, 21. April.** (Geschmuggelte Zigarren.) Zwischen Säulinger und Zimmendingen wurde ein Auto mit zwei Tuttlinger Herren angehalten. Es wollte davonjagen, aber ein Schuß des Grenzschutzes traf den Benzinhälter, ein zweiter schloß den Chauffeur. Das Auto führte geschmuggelte Schweizerkumpen im Wert von 15-17000 Mk. mit. Auch in Hildberg wurde ein Auto mit 70000 Päckchen Stumpen abgefaßt.

Die Erwerbsstände und die württ. Verfassung

In der am Mittwoch in zwei Sitzungen in zwei Lesungen durchgearbeiteten württembergischen Verfassung sind auch für die Zukunft der Erwerbsstände wichtige Grundgedanken niedergelegt. Die Schwierigkeit, die hier zu überwinden war, liegt darin, daß neben dem Aufgreifen neuer politischer Gedanken — Demokratie — auch im Wirtschaftsleben Verläufe gemacht werden sollten, höhere Formen der Wirtschaft herauszukehren. Dabei wollte die Bürgerpartei — bis auf drei Mitglieder ihrer Fraktion — unbedingt an der alten Art festhalten. Sie verwarf sich vollständig der doch unumkehrbaren Tatsache, daß für eine solche konservative Politik nicht nur die Arbeiter und Angestellten aller Richtungen einfach nicht mitgehen und nur weiter verbittert werden, sondern daß auch aus finanziellen Gründen eine weitere Bergeweisung notwendig ist.

Andererseits ging das Bestreben einseitiger Sozialisten und vor allem der Unabhängigen dahin, nun möglich und ganz radikal zu rein sozialistischen Formen des Wirtschaftslebens überzugehen. Das führte naturgemäß zu einer lebhaften Beunruhigung weite Kreise des bauerlichen und gewerblichen Mittelstandes, die auch insofern eine nicht zu unterschätzende Gefahr in sich barg, als auch dieser Kreise sich eine starke berufliche Mut- und Treulosigkeit bemächtigen dürfte, zumal diese Stimmung noch künstlich von agitatorischen Kräften genährt wurde.

Es ist das Verdienst des Abg. Conrad Kaufmann, durch eine ausgezeichnete Rede von gestern zu morgen gedankemäßig und praktisch eine Brücke hergestellt zu haben, auf der es möglich ist, sowohl die Vernunftkreise zu vertrauensvoller Mitarbeit in der neuen Zeit einzuladen, für die sozialistische Formen wohl kaum je in Betracht kommen, wie auch solche Kreise, die mit frohen und hohen Hoffnungen an einen ersten Versuch mit praktischem Wirtschaftsozialismus herantreten wollen. Die Rede machte gerade mit ihrer hohen Auffassung von der entwicklungs-geschichtlichen Notwendigkeit unserer Wirtschaft und mit dem gerechten Versehen der geistigen Strömungen der Revolutionszeit tiefen Eindruck. Ihr ist es dem auch in erster Linie mit zu danken, daß Deutsche demokratische Partei, Bürgerpartei, Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie sich auf folgenden Antrag Kaufmann, den auch die Abg. Bazille und Walter mitunterzeichneten, sich einigten:

„Die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten ist gegen Ausbeutung und Gefährdung sicherzustellen; der Klein- und Mittelgrundbesitz wie der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand sind gegen Ausfaltung und Verwahrlosung zu schützen und wie alle schaffenden Berufsstände in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten.“

Damit ist die volle Gleichberechtigung der verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens auch im neuen Volksstaat Württemberg anerkannt und die einzelnen Stände haben erneut festen Boden unter den Füßen für eine erfolgreiche Zukunftsarbeit. Umso unverständlicher

ist, daß Herr Miller und seine engsten Freunde trotz dieser Sicherung des Handwerks zum Schluß gegen die ganze Verfassung stimmten. Was hilft das nun dem Mittelstand? D.P.C.

Die neue württembergische Verfassung

wurde am Mittwoch nachmittag in einer zweiten fünf-stündigen Sitzung vollends durchberaten und in namentlicher Abstimmung mit allen gegen 6 Stimmen der Bürgerpartei angenommen. Die Unabhängigen blieben der Abstimmung fern. Damit hat die württ. Landesversammlung ein nachahmenswertes Beispiel härtesten Arbeitswillens gegeben, an das sich auch das Land halten sollte. Obgleich der Abg. Kaufmann mit Recht die guten Vorarbeiten des Verfassungsausschusses und besonders seines Vorsitzenden und Berichterstatters Dr. v. Hieber hervorhob, war es doch auch vom Hause selbst ein Beweis von strenger Selbstsucht, daß in zwei Sitzungen von zusammen 9 1/2 Stunden das umfangreiche Werk einer neuen Verfassung fertig wurde. Es folgt zwar noch eine dritte Lesung, aber immerhin — der Würzburger für ein neues freies schwäbisches Volkstum ist, wie Präsident Keil mit Recht betonte, damit bereitet. D.P.C.

D.P.C. Demokratischer Frauentag. Infolge Verlegung des Vertretertags der Deutschen demokratischen Partei mußte auch der auf Osterdienstag einberufene demokratische Frauentag bis auf weiteres verschoben werden.

D.P.C. Wohnungsbürgerschaftsgesetz. Zur Beratung des Entwurfs des neuen Wohnungsbürgerschaftsgesetzes ist durch die Landesversammlung eine Kommission gewählt worden, in welcher den Vorsitz der Abg. Göhring (S.), den stellv. Vorsitz der Abg. Graf (F.) führt. Als Berichterstatter wurde der Abg. Keil (D.P.) aufgestellt. Die Kommission nimmt ihre Arbeiten schon in der Woche nach Ostern auf und hat die Absicht, die Beratungen reichstens zu fördern.

Die deutsche Bevölkerung.

Im neutralen Ausland hat man sich in letzter Zeit viel mit dem Bevölkerungsstand im Deutschen Reich beschäftigt und allerlei Behauptungen und Vermutungen über die Zukunft des deutschen Volks aufgestellt. Von Interesse ist eine umfangreiche Arbeit von Karl Döring in den „Studien der Kopenhagener Gesellschaft für soziale Folgen des Kriegs“, worin die Bevölkerungsbeziehung in Deutschland während des Kriegs abschließend dargestellt wird. Döring schreibt u. a.: Während ohne den Krieg die Bevölkerung des Deutschen Reiches jetzt gewiss schon 70 Millionen überschritten hätte, ist die Einwohnerzahl jetzt, nachdem sie bei Kriegsbeginn 67.8 Millionen betrug, auf 65 Millionen gesunken. Davon sind 33.9 Millionen weiblichen und nur 31.2 Millionen männlichen Geschlechts. Von dem Gesamtverlust entfallen rund 3.5 Millionen auf die verminderte Zahl der Geburten und rund 2.1 Millionen auf die Zunahme der Sterblichkeit. Die erhöhte Sterblichkeit ist einerseits auf die Verletzung im Kampf, andererseits auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen. Altersaufbau und Geschlechtsverhältnis der deutschen Bevölkerung hat sich vollkommen verändert. Vor dem Kriege kamen auf 1000 Personen männlichen Geschlechts 1024 Frauen, jetzt auf 1000 Männer 1086 Frauen. In den Altersklassen von 20 bis 50 Jahren beträgt das Verhältnis statt 1000 zu 1005, wie früher, jetzt 1000 zu 1155, und in den Altersklassen von 20 bis 30 Jahren, die für Geschlechtsfragen besonders in Betracht kommen, ist es noch ungünstiger. Die Zahl der Neugeborenen ist in den letzten Kriegsjahren unter die Hälfte der Friedenszahl gesunken. Soweit die Sterblichkeit durch die Kämpfe unmittelbar vermehrt worden ist, hat sie mit rund 1.8 Millionen blutiger Verluste die kräftigsten und leistungsfähigsten Jahrgänge betroffen. In der Anzahl der Männer im militärischen Alter ist von rund 14 auf etwa 12.2 Millionen gesunken. An eine Wiedererholung ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung hat sich infolge von Ueberarbeitung und Unterernährung außerordentlich verschlechtert.

Die Verankerung.

Wir lesen im „Schwäb. Merkur“:
Der Krieg und die Revolution haben eine ganze Anzahl neuer Worte und Begriffe in die Sprache geworfen. Das ist an sich ganz gut und schön. Weniger schön ist aber die Verallgemeinerung dieser Begriffe, die allzu häufige Anwendung der neuen Worte an jeder passenden und unpassenden Stelle. Sie werden dadurch abgenutzt und wirken vielfach geradezu erlösend, dort, wo sie nach Ansicht des Redenden oder Schreibenden, tiefen gemeint sind. Das gilt namentlich von den drei Schlagworten von der Führo, dem Gebot der Stunde und dem heillosen Begriff verankert! Wer und was wird nicht alles verankert! Man muß sich wirklich wundern, daß sich zum Verankern immer noch der — Grund findet. Aber er findet sich und wenn es — in den Worten wäre. Das ist buchstäblich zu nehmen, wenn wir lesen, wie gewisse handgreifliche Erscheinungen der materiellen Welt, schonlang in metaphysischen Volksgedanken — verankert worden. Vom „monarchischen Prinzip, das im Bewußtsein des Volkes verankert war“, schreiben wir: „Inhaltlos zur „Verankerung der Räte“. Dieser und jener Staat „verankert seine Sonderrechte“. Wir verankern auch den „verankerten“ Beside, der uns in den Weg läuft. Wir werfen das greuliche „Inferno“ bis zum gestirnten Himmel hinauf, in dessen Un-„blicklichkeit“ „das Geis der Verankerung dauernd verankert bleibt“. ... Das macht der Verankerung — wahrhaftig, es wäre angebracht, die famose Verankerung ebenfalls zu revolutionieren, denn sie ist zur Führo geworden, deren Heilung ein Gebot der Stunde bildet.

Der Aufnahmefuß für Kriegsanleihe ist von der Reichsbank neuerdings von 90,50 Prozent auf 87,50 Prozent herabgesetzt worden.

Ausdrucksmarken. Von der Reichspost werden Briefmarken mit dem Ausdruck „5 Pfennig für Kriegsbekämpfung“ während des Monats Mai ausgegeben. Dazu werden Freimarken zu 10 Pfennig und 15 Pfennig der gewöhnlichen Art mit einem schwarzen Aufdruck verwendet. Sie kosten dann natürlich 15 Pfennig und 20 Pfennig und sind an den Postschaltern zu haben. Bei der Freimachung von Postsendungen gelten sie aber bloß 10 und 15 Pfennig im Reichspostgebiet sowie im Verkehr nach Bayern und Württemberg. Sie bleiben auch über den Mai hinaus gültig. Die Marken werden nur in beschränkter Menge hergestellt, sollen aber möglichst vielen Einzelpersonen zugänglich sein. Es werden deshalb zunächst nur so viel auf einmal an eine Person abgegeben, wie dem Vorrat des Postamtes entspricht. Besteller auf größere Mengen werden auf den 31. Mai verwiesen und dann nach dem Verhältnis der Zahl der Käufer berücksichtigt. Die Postämter, die die Marken verlaufen, erhalten einen besonderen Anschlag.

Die Zukunft der deutschen Missionen. Das Bestreben unserer Feinde geht immer deutlicher dahin, die deutschen Missionsgesellschaften dauernd von den in ihrem Machtbereich befindlichen Arbeitsgebieten auszuschließen und diese unter Einziehung ihres Besitztandes mit Vertretern der eigenen Missionen zu besetzen. Wie der katholische Missionsvertreter Prälat Dr. Baumgarten auf der 5. Tagung der deutschen ev. Missionshilfe in Berlin am 8. ds. Mts. mitteilte, werden diese Bestrebungen aber, soweit kath. Missionsgesellschaften in Betracht kommen, an dem Widerstand des Papstes scheitern, der diese Eingriffe in sein Verfügungsrecht über die kath. Missionsgebiete nicht dulden, sondern förmlich den katholischen Missionen die Befugung der betreffenden Missionsfelder einfach verbieten werde. Die Schuld an der Verdrängung und dem völligen Verfall der bisher in reichlicher Blüte stehenden, dann aber unbefestigt bleibenden Missionsgebiete, würde mit voller Wucht unsere Feinde treffen. Sollten die uns feindlichen Staaten aber zur Vermeidung solcher schwerwiegenden Folgen die kath. deutschen Missionen wieder in ihre Arbeitsgebiete zulassen, so müßten sie dasselbe auch den evangelischen Missionen gewähren; denn was den Katholiken recht sei, sei den Evangelischen billig.

Gegen die Auflösung der Kriegervereine. Auf die Nachricht, daß unsere Feinde beabsichtigen, die Auflösung der deutschen Kriegervereine, Schützenvereine usw. zu einer Friedensbedingung zu machen, hat der Kriegerbund der deutschen Landes-Kriegerverbände im Namen von 32 000 Kriegervereinen an die deutsche Friedenskommission eine Eingabe gerichtet, diesen unerhörten Eingriff in die Souveränität und das Recht des deutschen Volks abzulehnen. Die Krieger- und Veteranenvereine sind nicht militärische, sondern bürgerliche Vereine, die zwar aus ehemaligen Soldaten bestehen, aber keine militärischen Übungen pflegen und deren Aufgabe die Pflege der Liebe zum Vaterland, zum Volk und die Unterstützung bedürftiger Mitglieder und deren Hinterbliebenen ist.

Handel und Getreideeinfuhr. Die an die Gründung der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel geknüpften Erwartungen scheinen sich vorläufig nicht zu erfüllen. Die Händler sind nicht in der Lage, die erforderlichen Zahlungsmittel zu beschaffen, und auf eine Unterstützung der Regierung ist dabei insofern nicht zu rechnen, als diese das verfügbare Gold, die beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere, sowie die Auslandsguthaben zur Bezahlung der staatlichen Lebensmittelbezüge selbst benötigt. Dazu kommt, daß der Handel bei Kontrahierung ausländischer Kredite in erheblichen Umständen mit einem erheblichen Valutaverlust rechnen mußte.

Keine holländischen Zigarren! Die Zentrale für Tabakfabrikate in Minden teilt mit, daß mit Rücksicht auf die deutsche Salata mit der Einfuhr von Zigarren in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, da die für Auslandskäufe aufzubringenden Geldwerte zunächst restlos zur Bezahlung der nötigeren Lebensmittel verwendet werden müssen.

Die neuen Höchstpreise für Fichten- und Eichenrinde betragen für die 100 Kilo getrocknete Eichen-

rinde im Mai bis zu 22 Jahren 30 Mk., von mehr als 22 bis zu 30 Jahren 25 Mk., von mehr als 30 bis zu 40 Jahren 20 Mk., für solche über 40 Jahre entsprechend weniger, für getrocknete Fichtengerinde 18 Mk.; diese Preise verstehen sich frei in den Bahnhöfen oder in das Schiff der Verladestation oder, falls die Anlieferung nur durch Zuhilfenahme geschieht, frei in das Lager des Käufers oder frei in die Werberei oder Lohnmühle gegen bare Zahlung; sie schließen bei Eichenrinde die Kosten des Bündelns und der Bindemittel ein. Für Rinde auf dem Stamm darf der Verkaufspreis höchstens ein Drittel der Preise betragen, die sich nach Rückrechnung der Zehrlöhne, die, je nach Kilometerzahl ebenfalls festgesetzt sind, ergeben. Für geschnittene, gehackte oder gebrochene Rinde dürfen die Preise um nicht mehr als 1,50 Mk. für gemahlene Rinde (Loh) um nicht mehr als 3 Mk. für die 100 Kilo erhöht werden.

Zusammenschluß der Ziegelindustrie. Wie die „Tonindustrie-Ztg.“ mitteilt, sind der Deutsche Tonindustrieverein e. V., der Verband deutscher Tonindustrie-ler e. V. und der Verband der deutschen Ziegelwerkstättenvereinigungen e. V. durch gemeinsamen Beschluß vom 14. April, zu einer einheitlichen Interessensvertretung im Verband der deutschen Ziegel- und Tonindustrie e. V. zusammengeschlossen worden.

Ein Geständnis.

Von Erich Schmid-Stuttgart.

Leopold, einer der Führer des russischen Bolschewismus, sagte auf der Stadtkonferenz der russischen Kommunistischen Partei am 28. März 1918:

Das Erwachen der elementarsten Instinkte der Persönlichkeit hat nicht selten einen groß-egoistischen, oder, um einen philosophischen Ausdruck zu gebrauchen, einen „egoistischen“ Charakter. . . . Gestern noch war er nichts, ein Sklave des Zaren, des Adels, der Bureaucratie, das Zubehör einer Maschine des Fabrikanten. Im Bauernleben war er ein Fronarbeiter, ein Steuerzahler. Heute, von alledem befreit, fühlt er sich zum ersten Mal als Persönlichkeit und beginnt zu glauben, daß er alles, daß er das Zentrum des Kosmos sei. Er ist bestrebt, alles was er kann, für sich zu nehmen, er denkt nur an sich und ist nicht geneigt, mit dem allgemeinen Massenstandpunkt zu rechnen. Daher die Ueberzeugung solcher Art anarchistischer und räuberischer Tendenzen, die wir besonders in den breiten Kreisen der deklassierten Elemente des Landes, in der Mitte der früheren Armees und dann unter gewissen Elementen der Arbeiterklassen beobachten. . . . Diese negativen Erscheinungen beobachtet man überall: in den großen Werken, in Fabriken, Werkstätten, in den gewerkschaftlichen Verbänden, bei den Eisenbahnen, in den Ministerien unter der neuen Beamtenschaft, überall und allerorts.

Interessant ist auch die Auslassung über den Arbeitseifer der Genossen:

„Man muß sagen, daß viele von den Genossen, die in verschiedenen Ämtern und Institutionen arbeiten, sich bei weitem noch immer nicht einer organischen, schöpferischen, nachdrücklichen Arbeit fähig zeigen. Wie bemerken auf Schritt und Tritt solche Genossen in den Ministerien, die dort 4-5 Stunden arbeiten und auch nicht sehr intensiv in einer Zeit, wo unsere ganze Lage jetzt von uns die angestrengteste Arbeit nicht aus Furcht, sondern aus Gewissenspflicht erlangt.“ Also: Nicht ein Gegner, nein ein Führer des Bolschewismus erkant ganz offen, daß der Bolschewismus vor lauter kraßem Egoismus nicht einmal an seine Kräfte denkt, von der Allgemeinheit gar nicht zu sprechen, daß seine Beamtenschaft, soweit sie sich aus Parteigenossen zusammensetzt, ganz und gar nicht auf der Höhe ist und keinen rechten Pflichtbewußtsein hat. Wenn das der leitende Mann einer Bewegung sagt, der doch alles mit verzehrenden Augen ansieht, wie muß dann der Zustand in Wirklichkeit erst trostlos sein. Bedenken wir, ein alter Minister hätte bei uns über seine Beamten einmal so urteilen müssen — trotz Moskabrille, die jeder für seine Freunde aufsetzt — dann dünnt uns die ganze Nummerlichkeit der Zustände, die der Bolschewismus mit sich bringt. Es ist das eine alte Konstante, die bei unseren Spartakisten auch dämmert, wenn sie solches lesen? D.V.C.

D.V.C. Einführung der Sommerzeit. In Nr. 7 des „Schwab. Landmanns“ wird in der bekannten heberischen Art versucht, der Deutschen demokratischen Partei die Absicht anzuschreiben, daß sie nicht energisch gegen die Einführung der Sommerzeit Stellung genommen habe. Diese Darstellung stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Der deutsch-nationale oder in schwäbischer Uebersetzung „bürgerparteiliche“ Abg. Dr. Hartmann erklärte bei der Beratung der die Einführung der Sommerzeit vorschlagenden Regierungsvorlage, daß er diese begrüße, da die Verbeibehaltung der Sommerzeit es ermöglichen würde, daß die geschwächte Bevölkerung mehr als sonst den heilsamen Einfluß des Sonnenlichts genießen kann; auch sei das Frühaustrücken gesundheitsfördernd. Dagegen erklärte der deutschdemokratische Abg. Koch, das Frühaustrücken sei wohl gesund, wenn der dadurch geschärfte Hunger gestillt werden kann. Das sei aber jetzt nicht der Fall. Die Stunde gehe von der Nacht ab, und bei der schlechten Ernährung sei das doppelt verhängnisvoll.

D.V.C. Der Hauptausschuß der Deutschen demokratischen Partei tagte am 12. und 13. April in Berlin. Er setzte den Parteitag fest auf die Zeit vom 29. bis 31. Mai in Kassel. Er faßte Beschluß über den Modus der Wahlen zu diesem konstituierenden Parteitag und beschloß sich mit einem Entwurf der Satzungen und des Parteiprogramms.

D.V.C. Unterricht in sozialer Hygiene. Der Ausschuss für Bevölkerungspolitik in der Preussischen Landesversammlung hat unter dem Vorsitz des demokratischen Abg. Dr. Abderhalden beschlossen, die Regierung zu eruchen, an allen Universitäten sofort den Unterricht in sozialer Hygiene einzurichten, besondere Lehrstühle hierfür zu schaffen und für eine gründliche Ausbildung aller beamteten Aerzte in sozialer Hygiene zu sorgen.

Vermischtes.

Die Post zwischen Berlin und einigen außereuropäischen Orten wird recht stark bedrängt. Das Porto beträgt bei 20 Gramm 1 Mk., darüber hinaus bis 250 Gramm 1,50 Mk. einschließlich Gebührensstellung. Luftpostbriefmarken werden in nächster Zeit ausgegeben. Dieser Tage ist ein Postzug auf der Fahrt von Hamburg nach Berlin bei einer Notlandung völlig zertrümmert worden, der Führer kam ohne Schaden davon. Die drei Zentner schwere Last mußte mit der Bahn weiterbefördert werden.

Die Schulden der Stadt Berlin belaufen sich gegenwärtig auf 775 Millionen Mk.; vor dem Krieg hatten sie 80 Millionen betragen. Die Ausgaben für 1918 werden auf 719 Millionen veranschlagt gegen 437 Millionen im Vorjahr.

Verfälschtes Mehl. Kaum ist das amerikanische Mehl an den Handel weitergegeben worden, so wird mit dem kostbaren Nahrungsmittel auch schon wucherischer Mißbrauch getrieben. Aus Berlin wird gemeldet, daß das Mehl, das in Natur schneeweiß und von tadelloser Beschaffenheit ist, von Händlern mit minderwertigem, grauem Schleichhandelsmehl vermischt und obendrein zu höherem Preis verkauft wird, als vorgeschrieben ist. Der amtlich festgesetzte Preis beträgt 2,18 Mk. für das Pfund und ist wahrhaftig schon hoch genug. Der Berliner Magistrat hat sich daher genötigt gesehen, eine besondere Kommission einzusetzen, die bei den Händlern Stichproben entnimmt, um sie mit dem gefälschten Mehl zu vergleichen. Streikende und solche Personen, die durch eigene Schuld arbeitslos sind, erhalten kein Mehl.

Erholungsbedürftige Kinder will Schweden aufnehmen und zwar 2000; 5000 Familien haben sich zur Aufnahme bereit erklärt und die schwedische Regierung hat der diesbezüglichen Anregung des Roten Kreuzes in Schweden bereits zugestimmt. Da Polen abgehört hat, kommen vorwiegend deutsche und österreichische Kinder in Betracht, von denen die ersten anfangs Mai in Schweden erwartet werden.

Kohlentrost. Im Eisenbahndirektionshaus Halle a. S. ruhe am Ostermontag und am Montag Vormittag der Personenzugverkehr vollständig.

Die Erzeugung von Hoheisen betrug im März 1918 546 000 Tonnen gegen 1 040 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres.

Erklärung.

Die gegenwärtige Butterknappheit giebt anscheinend wieder Stoff zu allerhand unwahren Gerüchten. Zur Aufklärung diene Folgendes: Die Gemeinde erhält in der Woche 300 Pfd. Butter, das sind in 14 Tagen 600 Pfd. Wir haben hier 3700 Versorgungsberechtigte, das ergibt pro Person genau 81 Gramm. Auf unsere Beschwerde, daß die uns zugewiesene Menge völlig unzureichend sei, wurde uns vom Oberamt mitgeteilt, daß es bei der Landesversorgungsstelle schon seit einigen Wochen angeregt sei, uns wöchentlich 408 Pfd. Butter zuzuteilen. Hieraus warten wir nun schon seit 1. April. Das Oberamt hat uns neuerdings mitgeteilt, daß wir die vermehrte Zuteilung jedenfalls noch im Laufe des Monats erhalten. In Sprollenhäuser und Nonnenmisch sind ca. 100 Personen welche nicht Ruhhalter sind und welche, da sie die ihnen zustehende Milchmenge ebenfalls erhalten wie wir in Wildbad, Anspruch auf Versorgung mit Butter haben. Diese Leute sind auf dem Lebensmittelamt vorstellig geworden und muß ihnen ihr Recht werden wie jedem Andern. Im Uebrigen ist die ganze Menge, die sie erhielten, 8 Kilo, auf die 3700 Personen berechnet, genau 2 Gramm pro Person und nun wird deshalb in der Stadt das Märchen verbreitet, daß dadurch, daß nach Sprollenhäuser und Nonnenmisch Butter abgegeben worden sei, die hiesige Einwohnerschaft dadurch nur 80 gr statt 150 gr Butter erhalten habe. Aus obigen Ausführungen kann die Einwohnerschaft ersehen, wie haltlos unwahre Gerüchte in die Welt gesetzt werden, die geeignet sind, Unstimmigkeiten unter der Bevölkerung hervorzurufen.

Städt. Lebensmittelamt

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung

Der titl. Einwohnerschaft zur aest. Kenntnis daß wir am hiesigen Orte, nach Rückkehr vom Seeresdienst am **Dienstag, den 22. April** ein

Herren-Eisengeschäft

nebst Anfertigung sämtl. Haarbeit, Parfümerieverkauf im **Haus Bloß** Rönig-Karlstraße

eröffnen.

Brompte und pünktliche Bedienung sichern wir zu und bitten höflich, um recht zahlreichen Zuspruch

Braun u. Schlegel

Friseur.

Wegen Unbereiten

ist meine Weinstube bis 1. Mai geschlossen.

Theodor Gehlke.



Turnverein Wildbad.

Heute abend Sinastunde

gemischten Chor im Schwarzwaldhotel.

Mittwoch Abend Anschauung im Wilden Mann.

Der Vorstand. Dienstag abend 8 Uhr Turnstunde

der Turner, Mittwoch abend 8 Uhr der Bölinge.

Vollständiges Erscheinen bei Turnen notwendig.

Der Turnwart. Ein schwarzes Damenjadel,

ein farbiger Mantel, beides noch gut, hat zu verkaufen. Wer, sagt die Exped. ds. Bl.

W. V. W.

Die letzte Woche angelegte Verammlung findet morgen Mittwoch Mittag 8 Uhr im Panorama Hotel statt.

Zimmer gesucht.

Aelt., alleinst. Herr sucht möbl. Zimmer, womöglich mit Pension sofort oder 1. Mai. Offerte unter W. 37 an die Exped. d. Bl.

W. V. W. Batterien

Stück 1.40 und 1.60 Taschenlampen für Nah- und Fernbeleuchtung von W. 3 an bei

Chr. Schmid u. Sohn König-Karlstr. 68

Rabattmarken.

Stuttgarter Geld- und Pferde-Lotterie

Biehung am 3. Mai 1919 Hauptgewinn 25 000 Mark. Lose a 2 Mark erhältlich bei

E. W. Pott.